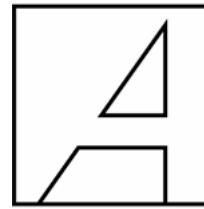




MKAS - Newsletter



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

50 Jahre Kompetenz weltweit

Skopje, 03. April 2006

Mazedonien im März/April 2006:

Mazedonien wählt vermutlich am 5. Juli ein neues Parlament
Nationaler Stromversorger ESM an österreichisches Unternehmen verkauft
Vier Mazedonier in Afghanistan ermordet
Grenzabkommen zwischen Kosovo und Mazedonien birgt Gefahren
Kurznachrichten



Mazedonien wählt vermutlich am 5. Juli ein neues Parlament



Am letzten Mittwoch Abend gab der Premierminister Vlado Buckovski bekannt, dass er den Termin für die Parlamentswahlen auf den 5. Juli festlegen will. Offiziell muss zwar der Termin vom Parlamentspräsidenten festgelegt bzw. bestätigt werden, aber der wird sich dem „Wunsch“ des Premiers vermutlich nicht widersetzen. Damit könnte die seit

Monaten andauernde Ungewissheit endlich beendet werden, wann denn die rund 1,7 Millionen Wahlberechtigten zum fünften Mal nach der Unabhängigkeit ein neues Parlament wählen. Vorangegangen war ein heftiger Streit zwischen Regierung und Opposition über das neue Wahlgesetz, das faire und freie Wahlen garantieren soll. Insbesondere bei der Besetzung der Wahlvorstände war man sich uneins, da die Regierung ursprünglich nur Staatsdiener einsetzen wollte. Die Opposition vermutete dahinter den Versuch, regierungstreue Personen zu installieren, um den „Erfolg“ für die derzeitige Regierungskoalition sicherstellen zu können. Hauptargument ist die Tatsache, dass in Mazedonien in den letzten vier Jahren in der öffentlichen Verwaltung vorrangig nur nach Parteizugehörigkeit eingestellt wurde. Der gefundene Kompromiss sieht daher neben den Verwaltungsbeamten auch noch zwei bzw. drei Vertreter der Regierungsparteien und der Opposition vor. Was noch aussteht, ist die Wahl der zentralen Wahlkommission (DIK), dann könnte der Parlamentspräsident den Termin bestätigen. Dass es ausgerechnet ein Mittwoch ist, hängt mit dem Endspiel der Fußball WM zusammen, dass am 9. Juli stattfindet. Man könnte vermuten, dass der Premier diesen Termin auch aus taktischen Gründen bevorzugt, um der Opposition die Mobilisierung ihrer Wähler während der WM zu erschweren. Die Regierung wird sicherlich ihre Möglichkeiten nutzen, Einfluss über die staatlichen Betriebe zu nehmen. In einem Land mit rund 40% Arbeitslosigkeit ist dies ein nicht zu unterschätzender Faktor.

Nationaler Stromversorger ESM an österreichisches Unternehmen verkauft



Der mazedonische Energiekonzern ESM wurde im Rahmen der Privatisierung an die Energie Versorgung Niederösterreich (EVN) für 225 Millionen Euro und einer Investitionszusage von weiteren 96 Millionen Euro in den nächsten vier Jahren verkauft. EVN sicherte sich damit 90% der Anteile und auch ein Monopol für die Stromlieferung in Mazedonien. Die Mitbewerber ENEL aus Italien und CEZ aus Tschechien unterlagen, während die deutsche RWE

bereits vorher zurückzog. Die Opposition unterstützte nicht nur die seit Wochen laufenden Demonstrationen der Bürgervereinigung „Stimme für das Licht“, weil nun mit Entlassungen und Preissteigerungen zu rechnen sein wird, sondern kritisierte auch die Verschleierungstaktik der Regierung um den Vertragstext. Bei ESM geht es nicht nur um die Stromerzeugung oder das Netz, zu ESM gehören auch andere Vermögenswerte wie



Erholungsheime und Hotels. Darüber hinaus wollte die Opposition verhindern, dass das Geld für wahlwirksame Projekte verwendet wird und nicht für Zukunftsinvestitionen. Wirtschaftsminister Fatmir Besimi gestand dann auch zu, der Opposition in Teilen des Vertrags Einsicht zu gewähren. Alles sei nicht zugänglich, da man mit EVN Stillschweigen über die Konditionen vereinbarte. Mit der Privatisierung von ESM geht in Mazedonien langsam das Tafelsilber aus, fast alle staatlichen Vermögenswerte sind verkauft. Mit den Erlösen, die anders als diesmal, meist weit unter Wert waren, wurde der Staatshaushalt konsolidiert. Für die kommenden Jahre bleibt nicht mehr viel übrig.

Vier Mazedonier in Afghanistan ermordet



Vier mazedonische Staatsbürger aus Tetovo und Skopje wurden letzten Monat in Afghanistan entführt und sind nach einer Woche ermordet aufgefunden worden. Ein Sprecher der Taliban, die sich zu der Tat bekannten, gab an, dass man alle Ausländer töten werde, die den Amerikanern helfen. Angeblich seien die Männer, die alle Muslime waren, auf Befehl von Mullah Omar ermordet worden. Zwei große mazedonische Zeitungen druckten sogar Bilder der Leichen mit deren Namen auf den Titelseiten ab, noch bevor das Außenministerium bestätigte, dass es sich um vier mazedonische Staatsbürger handelt. Die vier albanischen Männer wurden grausam zugerichtet am Rand einer Straße in der Region Hellmand und Kandahar im Süden Afghanistans gefunden. Sie arbeiteten alle bei dem deutschen Unternehmen Ecolog, dass Dienstleistungen wie Müllentsorgung oder Wäschewaschen für in Krisengebieten eingesetzte amerikanische Streitkräfte anbietet. Der Sprecher von Ecolog (Bild) hat sich bislang sehr zurückhaltend geäußert, da derzeit über 1.000 mazedonische Staatsbürger für die Firma im Irak und Afghanistan tätig sind. Für rund 1.500 Euro im Monat, dem siebenfachen eines Durchschnittslohns, nehmen viele das Risiko auf sich.

Grenzabkommen zwischen Kosovo und Mazedonien birgt Gefahren



Laut Zeitungsberichten will der neue Premier des Kosovo, Agim Ceku, Mitte April Skopje besuchen und Premierminister Buckovski treffen. Angeblich wird er ein unterschriftenreiches Dokument im Gepäck haben, um den Grenzverlauf eindeutig festschreiben zu können. Bei der Demarkation haben sich Skopje und Pristina wohl bereits einigen können, allerdings wird es für Premier Buckovski eine Gradwanderung werden. Berichten der Zeitung „Lajm“ zufolge, soll Buckovski noch zögern, da eine Unterzeichnung auch indirekt eine Anerkennung und Legitimation der Kosovoregierung in Bezug auf außenpolitische Handlungen bedeuten könnte. Darüber hinaus würde es eine Verletzung des Serbisch-Mazedonischen Abkommens von 2001 bezüglich des Grenzverlaufs mit dem Kosovo



bedeuten. Dass dies die Beziehungen zu Serbien unter dem Hintergrund des Streits der beiden Orthodoxen Kirchen nicht gerade verbessern würde, ist in Skopje wohl bekannt. Da nützt es Buckovski auch nichts, dass UN-Botschafter Kai Ende mit anwesend sein soll.

Kurznachrichten

Der EU-Kandidatenstatus brachte Mazedonien keinen Zuwachs an ausländischen Investitionen, obwohl die Regierung sich dies erhofft und angekündigt hat. In den letzten zehn Jahren erreichte das Gesamtinvestitionsvolumen 1,9 Mrd. Euro. Dies entspricht den Direktinvestitionen in Bulgaren alleine in einem Jahr. Das staatliche Statistikamt gab bekannt, dass die Investitionen aus dem Ausland im Jahr 2005 um 37,7% gegenüber 2004 zurückgingen. Als Haupthinderungsgründe werden die Korruption, die ausufernde Verwaltung und der fehlende Eigentumsschutz, insbesondere durch die Justiz, genannt.

30% der mazedonischen Bevölkerung lebt laut Wirtschaftsinstitut Skopje in Armut. 170.000 Haushalte müssen jedes Monat mit weniger als 200 Euro auskommen. Dem entgegen überwiesen alleine letztes Jahr die „Auslands-Mazedonier“ ihren Verwandten insgesamt eine Milliarde US Dollar, um sie zu unterstützen.

1.300 Paar „Nike“ Markenschuhe wurden durch den mazedonischen Zoll beschlagnahmt und vernichtet. Die Schuhe, die in China täuschend ähnlich hergestellt wurden, waren für den südosteuropäischen Markt bestimmt. Dies war das erste Mal, dass Plagiate nach dem neuen Gesetz zum Schutz des geistigen Eigentums und von Marken vernichtet wurde. Kevin Brown, Nike's Direktor für Markenschutz reiste eigens dafür nach Mazedonien.

Matthew Nimetz, amerikanischer Vermittler im Namensstreit zwischen Mazedonien und Griechenland, räumte ein, dass von ihm derzeit keine weiteren Vorschläge zu erwarten wären.

Impressum

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Außenstelle Skopje**

Zusammengestellt und verantwortlich:
Ulrich Kleppmann

03.04.2006